

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **BIKUKO lehnt Stopp des Frühfremdsprachenunterrichts ab**

**Solothurn, 27. Februar 2014 – Die kantonsrätliche Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) hat parlamentarische Aufträge zu den Frühfremdsprachen, zum Archivgesetz und zur Ungleichbehandlung von Behinderten mit Anspruch auf IV-Vollrente bei der Ausbildung behandelt. Ferner liess sie sich über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA SO) informieren.**

Ein Auftrag von Beat Künzli (SVP, Laupersdorf) verlangt einen Stopp des Unterrichts von Frühfranzösisch und/oder Frühenglisch auf den nächstmöglichen Termin. Der Auftraggeber sieht eine Überlastung der Primarschüler durch diese Schulstunden. Die Kommission beantragt, den Auftrag nicht erheblich zu erklären. Der Frühfremdsprachenunterricht wurde nach einer langen Projektphase eingeführt. Aktuell werden die ersten Klassen in Französisch und Englisch unterrichtet. Es ist verfrüht, heute eine abschliessende Beurteilung vorzunehmen. Zudem würde ein Stopp langjährige Aufbauarbeit vernichten und Unruhe in die Schulen bringen.

Weiter befasste sich die BIKUKO mit einem Auftrag von Felix Lang (Grüne, Lostorf), der Massnahmen gegen die Ungleichbehandlung von Behinderten mit einem Anspruch auf eine IV-Vollrente bei der Ausbildung fordert. Die Invalidenversicherung (IV) hat in den letzten Jahren verschiedene Revisionen erfahren, die einige Anpassungen im Bereich der Sonderpädagogik nötig ma-

chen. Insbesondere soll Jugendlichen eine Ausbildung ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang bleiben viele Fragen offen. Die Kommission hat sich, entgegen der Meinung des Regierungsrates, für eine Erheblicherklärung des Auftrags mit einem geänderten Wortlaut ausgesprochen.

Zudem hat sich die BIKUKO mit der Umsetzung des Archivgesetzes befasst, welche Gegenstand eines Auftrags der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist. Der Regierungsrat soll beauftragt werden, innerhalb der kantonalen Verwaltung eine sachgerechte Umsetzung der Bestimmungen von Archivgesetz und –verordnung sicherzustellen. Die Arbeiten wurden an die Hand genommen, eine vollständige Umsetzung wird aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Kommission teilt die Ansicht des Regierungsrats und folgt dessen Antrag auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung.

Ferner liess sich die Bildungs- und Kulturkommission über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden informieren. Die Kommission konnte viele Fragen zu den Auswirkungen der Schülerpauschalen und den resultierenden Änderungen auf Gemeinden und Schulträger klären. Sie wird das wichtige Geschäft an der nächsten Sitzung im Detail beraten.